

Duden im Wind

Wortklauberei unter Kaiser, Kanzlern und Diktatoren

Jochen Stadt

Der Duden wurde im vergangenen September vom „Verein Deutsche Sprache“ zum „Sprachpanscher des Jahres 2013“ gekürt. Als Begründung verwies der Verein auf die vielen „lächerlichen Angeber-Anglizismen“ in dem Sprachratgeber. Die wortgewaltige Dudenredaktion reagierte darauf mit der Erklärung: „Wir machen die Sprache nicht, wir bilden sie objektiv ab.“ Mit anderen Worten, die Dudenmacher hängen ihre Mäntelchen nach dem Wind und halten fest, was so geredet und geschrieben wird. Ein Blick in ältere Dudenausgaben aus der Zeit vor, während und nach der deutschen Teilung belegt überdeutlich, wie geschmeidig sich die Dudenredaktionen dem Lauf der Zeit anzuverwandeln mußten.

Die Gunst der Rechtschreibung – kein Westgeld im Osten

Einem raschen Austausch unterlag in allen Dudenzeiten das politische Personal. Zu Kaiser Wilhelms II. Zeiten verschwand Reichsgründer Otto von Bismarck aus dem Duden, weder in der 8. Ausgabe von 1902 noch in der 9. Auflage von 1915 finden sich Hinweise auf seine politische Funktion. Der Kaiser mochte ihn nun mal nicht. Der Große Duden von 1930 führte Bismarck dann wieder mit der Erläuterung „erster Kanzler des deutschen Reiches“. Auch Friedrich Ebert findet in dieser 10. Auflage als „erster deutscher Reichspräsident“ Berücksichtigung. Aus der 11. Auflage von 1934 und der 12. Auflage von 1941 war der Sozialdemokrat verschwunden. Dafür wurde ein gewisser Hitler als „Führer und Reichskanzler“ neu aufgenommen.

Auch Titel und Untertitel wandelten sich. Erst hieß er „Duden“ (1902) dann „Der Große Duden“ (1930) mit dem Untertitel „nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln“; Untertitel 1934 „nach den für das Deutsche Reich, Österreich und die Schweiz amtlichen Regeln“; Untertitel 1942 „nach den für das Deutsche Reich und die Schweiz gültigen Regeln“. Der 42er Duden kam auch nicht mehr in Fraktur, sondern mit lateinischen Druckbuchstaben und mit SS-Schreibung als „Der Grosse Duden“ daher. Ansonsten blieb er erstaunlich unideologisch. Demokratie war „Volksherrschaft“, Diktatur „unbeschränkte Gewaltherrschaft“, Sozialismus „auf das Wohl der [Volks]gemeinschaft ausgerichtete polit. u. wirtschaftl. Lehre“, und Sozialdemokratie eine „marxistische politische Richtung“. In den späteren Leipziger VEB-Duden sollte die Sozialdemokratie, wie zu zeigen sein wird, schlechter wegkommen.¹

Unter Dadaismus findet sich im Duden der frühen NS-Zeit (1934) lediglich der Hinweis „Kunstrichtung“ wie schon 1930, in der 12. Auflage von 1942 hieß es dann „entartete Kunstrichtung nach dem Weltkrieg“; auch der VEB-Duden mißbilligte den Dadaismus deutlich mit den Worten, „wirklichkeitsfremde, bewußt primitive Kunst- u. Literaturrichtung um 1920 (nach den ersten kindlichen Stammellauten)“, so 1957 und auch noch 1987.

1 Die Anpassung der Dudenwelt an die politischen Gegebenheiten des Ost-West-Konflikts erfolgte nach einem letzten gesamtdeutschen Rechtschreibungsratgeber aus dem Jahr 1947 mit der 14. Auflage 1951, die weiterhin in Leipzig herausgegeben wurde und einer neuen Mannheimer Ausgabe von 1954. Vgl. u.a. Siegl, Elke Annalene: Duden Ost – Duden West. Zur Sprache in Deutschland seit 1945. Ein Vergleich der Leipziger und der Mannheimer Dudenauflagen seit 1947. Düsseldorf 1989.

„Der Große Duden“ (16. Auflage, VEB Bibliographisches Institut Leipzig) erläuterte den Begriff der Diktatur 1970 folgendermaßen: „die, -, -en (unumschränkte Herrschaft eines einzelnen od. einer Klasse); - des Proletariats (der Errichtung des Sozialismus dienende Staatsmacht der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse).“ Und Demokratie: „die, - (Prinzip der ‚Volksherrschaft‘ - 2. die, -, ..en (eine Staatsform, deren Charakter durch die jeweils herrschende Klasse bestimmt wird) <grch → lat>; bürgerliche Demokratie, sozialistische Demokratie“.

Der in Mannheim herausgegebene West-Duden brachte in seiner 18. Auflage zum 100. Jubiläum des ersten, von Konrad Duden herausgegebenen „Vollständigen Orthographischen Wörterbuchs der Deutschen Sprache“ im Jahr 1980 überhaupt keine weitere Erklärung zum Begriff Diktatur.

Der VEB-Duden von 1970 präsentierte „Ulbricht, Walter (Staatsmann u. Arbeiterführer, Vorsitzender des Staatsrates der DDR)“. Aus dem VEB-Duden von 1985 war Ulbricht, Walter wieder verschwunden. Im VEB-Duden von 1970 stand die Sozialdemokratie „in Deutschland bis zum ersten Weltkrieg [...] für die revolutionären Arbeiterparteien u. ihre Ideologie; seitdem Bez. für die reformist. Arbeiterparteien“, als „Sozialdemokratismus“ galt die „reformist. Ideologie rechtssozialist. Parteiführer, die den Klassenkampf ablehnen.“

Der letzte VEB-Duden von 1990 erläuterte im Nachdruck der 18. Neubearbeitung von 1985 den Begriff der Diktatur des Proletariats weiterhin als „der Errichtung des Sozialismus dienende Staatsmacht“. Statt „der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse“ (1970) sind nun aber „die Arbeiterklasse u. ihre werktätigen Bündnispartner“ für das Ganze verantwortlich.

„Sozialismus, der“, war VEB-dudenmäßig „eine auf der Grundlage der polit. Herrschaft der Arbeiterklasse beruhende Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel in gesellschaftl. Eigentum überführt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist; der Kampf für diese Gesellschaftsordnung; erste Phase der Entwicklung der klassenlosen sozialistisch-kommunist. Gesellschaft“. Das in der DDR weit verbreitete Westgeld war dem VEB-Duden keine Erwähnung wert, während der Mannheimer Duden es als „Geld in westlicher Währung“ zu würdigen wußte.

Der Junker war in der Leipziger Ausgabe von 1970 ein „Angehöriger des früheren reaktionären ostelb. Landadels“, die Mannheimer gaben keine Hinweise auf die Wortbedeutung, dafür aber hatten sie schon recht früh den Junkie auf der Rechnung, der in der VEB-Duden-Welt nicht existierte. Im Ost-Duden bekam die NATO natürlich den ganz üblen Beigeschmack, ein „aggressives politisch-militär. Bündnis kapitalist. Staaten unter Führung der USA“ zu sein, während sie im West-Duden als „westl. Verteidigungsbündnis“ daherkam, und nach der Wiedervereinigung war sie bald das „westl.“ los und nur noch „Verteidigungsbündnis“.

Die gesamtdeutsche Vermischung

Im Jahr 1991 erschien nach dem Ende der ersten „Phase der Entwicklung der klassenlosen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft“ in Deutschland als 20. Auflage die erste Dudenausgabe nach der „Zusammenführung der Leipziger und Mannheimer Ausgabe“. Im Vorwort verkündete die Dudenredaktion, nun habe „das fast 40jährige Nebeneinander einer Leipziger und Mannheimer Dudenausgabe ein Ende“. Bereits seit Be-

ginn des Jahres 1990 hätten Mitarbeiter der Dudenredaktion Mannheim und des Lektorats Deutsch des Bibliographischen Instituts in Leipzig gemeinsam an dem ersten nun wieder gesamtdeutschen Duden gearbeitet.²

Die „sozialistische Demokratie“ aus dem letzten VEB-Duden von 1990 war auf der Wiedervereinigungsstrecke geblieben. Der neue gesamtdeutsche Duden führte unter dem Stichwort Demokratie die gleichen Adjektive auf wie der frühere West-Duden, „mittelbare, parlamentarische, repräsentative, unmittelbare“ und erläuterte den Begriff als „Staatsform, in der die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben“. Zum Ausgleich für das Verschwinden der „sozialistischen Demokratie“ wurde der geschundenen Leipziger VEB-Kollektivseele zwecks Erläuterung für den Gebrauch des Adjektivs „demokratisch“ dann die „Partei des Demokratischen Sozialismus (Abk. PDS)“ zugestanden. Zur Erklärung des Sozialismus hieß es im wiedervereinigten Duden: „Gesamtheit der Theorien, polit. Bewegungen u. Staatsformen, die auf gemeinschaftlichen od. staatlichen Besitz der Produktionsmittel u. eine gerechte Verteilung der Güter hinielen“. Der Kapitalismus hingegen wurde als „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren treibende Kraft das Gewinnstreben einzelner ist“ vorgestellt.

Interessanterweise sah es der Nazi-Duden von 1942 ähnlich. Auch hier war der Kapitalismus eine „individualistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren treibende Kraft das Gewinnstreben einzelner ist“. Der Mannheimer West-Duden von 1980 blieb mit einer kleinen Einschränkung im wesentlichen bei dieser Erläuterung und meinte, der Kapitalismus sei eine „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren treibende Kraft das [übersteigerte] Gewinnstreben einzelner ist“. Im Duden von 2006 (24. Auflage) ist das Übersteigerte aus dem Kapitalismus wieder verschwunden; nun ist – allerdings in neuer Großschreibung – „das Gewinnstreben Einzelner“ die treibende Kraft. Immerhin wurde angemerkt, daß die Bezeichnung Kapitalist häufig abschätzig verwandt wird.

Der Sozialist und der Sozialismus blieben in allen Dudenjahren bemerkenswert positiv konnotiert. Im Kaiserreich (Duden 1915) sahen die Worterklärer aus der Dudenwelt es noch am kritischsten, der Sozialismus sei eine „volkswirtschaftliche Lehre, nach der aller Besitz gemeinsam sein und alle Arbeit vom Staat geregelt werden soll“. Doch weder im kaiserlichen Duden noch im Weimarer-, noch im Nazi-Duden, noch im VEB-, West- oder wiedervereinigten Duden, findet sich ein Hinweis, daß mit Sozialismus Entzignungen ebenso einhergehen wie mit Kapitalismus Gewinnstreben.

Was so am Bindestrich alles hängt – West-Berlin

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 glaubten Walter Ulbricht und Erich Honecker, nun sei ein entscheidender Schritt zur „Lösung der Westberlinfrage“ getan. Nach Meinung der SED-Führung lag West-Berlin „auf dem Territorium der DDR“ und sollte ihr über kurz oder lang einverleibt werden. Mit Schreiben vom 18. Januar 1961 verlangte Walter Ulbricht von dem sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow die „Entfernung aller militärischer und anderer Agenturen ausländischer Mächte und der Bonner Regierung aus Westberlin“.³ In seinem Antwortschreiben vertröstete Chruschtschow den SED-Chef. Es sei noch abzuwarten, welche Position der neue amerikanische Präsident John F. Kennedy zur „Westberlinfrage“ einnehme. Sollte es zu keiner Einigung mit Kennedy kommen, würde über den Zeitpunkt der „Maßnahmen, die sich unter gewissen

² Vgl. Vorwort der Dudenredaktion, 20. Auflage, Mannheim 1991.

³ Ulbricht, Walter: Schreiben an Nikita Chruschtschow vom 18. Januar 1961, Entwürfe dazu vom 16. Januar 1961. SAPMO-BArch, J IV 2/202/ 129, Bestand Büro Ulbricht.

Umständen als notwendig erweisen werden“ gemeinsam entschieden.⁴ Was mit den „Maßnahmen“ gemeint war, trat am 13. August 1961 dann zutage.

Genau zwei Jahre nach Ulbrichts Drängen auf die Lösung der „Westberlinfrage“ trafen einige kooperationswillige West-Berliner mit dem sowjetischen Parteichef in Ost-Berlin zusammen. Teilnehmer des kleinen Empfangs waren unter anderem Gerhard Danelius (Parteichef der „SED-Westberlin“), Erich Müller-Gangloff (Leiter der Evangelischen Akademie), Prof. Erich Engel (Vorsitzender des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin“). Chruschtschow sagte unter anderem, mit West-Berlin als „freie Stadt“ könnten Beziehungen unterhalten werden wie zu Finnland und Afghanistan. Des weiteren sprach sich Chruschtschow für den Abschluß eines Friedensvertrages aus und legte sein Demokratieverständnis dar. „Es gibt in der Welt jetzt zwei deutsche Staaten. Wer das nicht sieht, ist blind. Aber mit einem Krieg kann man diese Frage nicht lösen. Mit einem Krieg kann man kein einheitliches Deutschland schaffen. Gesamtdeutsche Wahlen, weil etwa Westdeutschland eine größere Bevölkerungszahl hat als die DDR, um dies dann zu schlucken, – entschuldigen Sie –, das versteht doch selbst ein Dummkopf und sieht das Ziel, das damit verfolgt wird. Niemand wird diesen Schritt gehen. Wie können Ulbricht und die anderen Genossen der Deutschen Demokratischen Republik diesen Weg gehen? Und wie können wir als ihre Verbündeten ihnen diesen Weg weisen?“ Chruschtschow habe dann, von Gelächter unterbrochen, gesagt: „Wir können doch auch rechnen. Die Arithmetik ist doch nichts in diesem Fall, nicht zu unseren Gunsten. Wenn die DDR 50 Millionen hätte, wenn Westdeutschland 17 Millionen hätte, na gut, dann wären wir selbstverständlich für gesamtdeutsche Wahlen.“ Er schlug vor, West-Berlin unter UNO-Mandat zu stellen. „Westberlin wird ein Kettenglied sein, ein Kettenglied, das uns eint und verbindet, das ein Bindeglied zu Europa darstellt und das gute Beziehungen zwischen den Staaten schafft.“ Die UdSSR wolle West-Berlin nicht schlucken. Selbst für den Fall einer einseitigen Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR werde West-Berlin unangetastet bleiben. „Die Verbindungswege werden in die Kompetenz der DDR gelangen, es endet die Besatzungszeit, es enden die Rechte der Besatzungsmächte, denn auch diesem Territorium wird dann die Ordnung durch den Friedensvertrag garantiert.“ Eine Einigung mit den Westmächten würde der Bevölkerung West-Berlins Sicherheit und Entspannung bringen und wirtschaftliche Aufträge. „Für 1000 Jahre könnten wir Westberlin auslasten. Was heißt denn 2 ½ Millionen Menschen zu beschäftigen, was heißt das für die Sowjetunion? Jedes Jahr bauen wir tausende Werke. Die deutschen Meister, Ingenieure, die Wissenschaftler, die Arbeiter, das sind doch hochqualifizierte Menschen. Ihre Erzeugnisse haben doch Weltniveau. Sie könnten dann ihre Arbeit leisten, eine wirkliche Arbeit leisten und würden einen gesicherten Lohn haben.“ Chruschtschow erinnerte an die Situation vor 45 Jahren. Damals sei die Sowjetunion arm gewesen. „Und jetzt, jetzt haben wir einen grandiosen Plan für den Aufbau des Kommunismus. Es dauert nicht mehr lange und wir haben Amerika überflügelt.“⁵

Noch im November 1987 hielt das Politbüro der SED in einem strategischen Beschluß an dem Standpunkt fest, „Ausgangspunkt unseres Herangehens ist und bleibt die Tatsache, daß Westberlin inmitten und auf dem Territorium der DDR“ liege und nicht zur

4 Chruschtschow, Nikita: Schreiben vom 30. Januar 1961 an Walter Ulbricht in Antwort auf dessen Brief vom 18. Januar. Ebd.

5 Das Gespräch N. S. Chruschtschows mit West-Berlinern ist überliefert unter SAPMO-BArch, J IV 2/202/133.

westdeutschen Bundesrepublik gehöre.⁶ Bis zuletzt wurden die westalliierten Schutzmächte im internen Staatsschriftgut der DDR als „Besatzungsmächte“ bezeichnet. Die Nationale Volksarmee und der Staatssicherheitsdienst der DDR brachten folgerichtig 1987 ihre strategische Planung zur Besetzung West-Berlins auf den neuesten Stand. Die „besondere politische Einheit Westberlin“ war eine Imagination der SED-Ideologie. Das unter sowjetischer und SED-Kontrolle stehende östliche Stadtviertel der ehemaligen Reichshauptstadt hieß hingegen in der sozialistischen Diktion „Berlin, Hauptstadt der DDR“. Die westliche Seite ließ sich allenfalls in vertraglichen Vereinbarungen auf die Bezeichnung Berlin (West) ein, nie jedoch auf „Westberlin“. Die Schreibweise West- und Ost-Berlin trug der Tatsache Rechnung, daß die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg eben nur in zwei Stadtteile und nicht in zwei „Territorien“ mit anderer Staatszugehörigkeit geteilt worden war.

Die politische Differenz über „Berlin als Ganzes“ schlug sich im Ost- und im West-Duden folgendermaßen nieder. „Der Große Duden“ aus Leipzig legte zu DDR-Zeiten die Schreibung „Westberlin“ bzw. „Berlin (West) (Stadt mit besonderem poli. Status)“ als verbindlich fest, die Mannheimer Duden Ausgabe hingegen West-Berlin. Den Ostteil Berlins führte der VEB-Duden bis zuletzt als „Berlin (Hptst. der DDR)“ mit Auflistung der Ost-Berliner Bezirke von Berlin-Adlershof bis Berlin-Treptow.

In der vereinigten Duden-Redaktionen von 1991 konnten die Leipziger Duden-Macher „Westberlin“ halten, West-Berlin verschwand aus der Sprachlandkarte und dudenmäßig sollte in ganz Deutschland fortan die DDR-Schreibung gelten. Im Vorwort der 20. Ausgabe von 1991 erläuterte die vereinigte Dudenredaktion, sie habe nicht nur „Neuwörter erfaßt, sondern auch Wörter bewahrt, die in der DDR gebräuchlich waren und für das Verständnis der jüngeren Vergangenheit von Bedeutung sind.“ Sollten die Gründe, warum man in der Bundesrepublik jahrzehntelang West-Berlin schrieb, für das Verständnis der jüngeren Vergangenheit demzufolge ohne Bedeutung sein?

Eine Anfrage bei der Dudenredaktion, was denn die Gründe für die Erhebung der DDR-Schreibweise zur gesamtdeutschen Norm seien, erbrachte zunächst keine Auskunft,⁷ nach erneuter Nachfrage erhielten wir folgende Antwort der zuständigen Mannheimer Duden-Dame: „Es gibt nach unserer Auffassung seit der Wiedervereinigung Deutschlands keinen zwingenden Grund mehr, für die westlichen oder östlichen Stadtteile Berlins eine politisch-historische Schreibung beizubehalten.“⁸ Wir fragten erneut nach, denn es ging uns ja nicht nur um die Beibehaltung einer „politisch-historischen Schreibung“, sondern auch um die Frage, ob laut Duden in historischen Texten über die Geschichte der geteilten Stadt nun West-Berlin laut Duden „Westberlin“ geschrieben werden solle. Die Antwort der Dudenpythia lautete: „Es spricht überhaupt nichts dagegen, in historischen Texten auch historische Schreibungen zu verwenden.“⁹ Auf die Frage, warum denn auf diese historische Schreibung im Duden nicht hingewiesen werde, antwortete das Dudenorakel: „Wir sehen keinen Grund, über zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung die historische Schreibung wieder aufleben zu lassen. Auch die Schreibung von DDR mit Anführungszeichen ist ja mittlerweile Geschichte geworden und wird heute nicht mehr verwendet. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir das Thema nun nicht weiter diskutieren möchten.“¹⁰

6 Vgl. 47. Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 25. November 1987; Axen, Hermann (Berichterstatter): Zur Lage Westberlins, Analyse und Schlußfolgerungen für unsere Politik. SAPMO-BArch, IV 2/2035/121, Bestand Büro Hermann Axen; auch: J IV 2/2A/3078, Bestand Politbüro des ZK.

7 Die Anfrage erfolgte am 16. November 2011.

8 Email von Nicole Klein, Duden-Kundenservice, vom 4. September 2012.

9 Email vom Duden-Kundenservice vom 5. September 2012.

10 Email von Helga Kraft, Duden-Kundenservice vom 27. September 2012.

Ganz entgegen dieser Duden-Arroganz bleibt im seriösen Schrifttum West-Berlin auch weiterhin West-Berlin. Einen besonderen Ost-West-Spagat leistete sich allerdings *Die Zeit*. Während das im Westen Deutschlands erscheinende Hauptblatt historisch über West-Berlin zu schreiben pflegt, erinnerte die gesondert produzierte *Zeit im Osten* in ihrer Ausgabe vom 20. Juni 2013 an einen angeblichen „Kennedy-Besuch in Westberlin – fast genau vor 60 Jahren“. Auf Nachfrage mochte die *Zeit im Osten* nicht erklären, warum die Uhren bei der *Zeit im Osten* anders ticken als für *Die Zeit* im Westen. „Hallo Herr Staat“, antwortete man aus der *Zeit im Osten*, „zu dem Gedankenstrich-Thema könnte der Forschungs-Verbund SED-Staat ja mal ein abendfüllendes Seminar anbieten. Wie wär’s?“¹¹



John F. Kennedy 1963 an der Freien Universität. Im Hintergrund ein Transparent „Wann fällt die Mauer?“. Fotograf: Reinhard Friedrich / Freie Universität Berlin, Universitätsarchiv, Fotosammlung, 30997.

Wir wollten aber keine Eulen nach Athen tragen, da man hier an der Freien Universität über West-Berlin noch ganz gut im Bilde ist, sondern eine Erklärung. Die erhielten wir, nachdem der Autor dieses Beitrages die West-Berlin-Frage in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* erörtert hatte.¹² Der Verfasser des Kennedy-Textes, Peter Köpf, teilte per Email mit: „Im letzten Absatz Ihres Beitrags über die Schreibweise von West-

¹¹ Email von Stefan Schirmer, *Zeit im Osten*, vom 26. Juni 2013.

¹² Staat, Jochen: Wie sich die DDR im Duden durchsetzte. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* v. 11.8.2013. Vgl. leicht kontrovers dazu Conrad, Andreas: Der Bindestrich der Freiheit. West-Berlin oder Westberlin? In: *Der Tagesspiegel* v. 12.8.2013.

Berlin in der FAS fand ich mich am Sonntag wieder. Sie haben natürlich Recht. Und auch in meinem Manuskript ist seriöserweise von West-Berlin die Rede; wenn ich aus Stasi-Unterlagen zitierte, steht da allerdings Westberlin (weil's da natürlich so geschrieben stand). Vermutlich wollte die Redaktion eine einheitliche Schreibweise und konnte sich nicht dazu durchringen, die Stasi-Unterlagen zu fälschen ;-). Den Fehler in der Unterzeile (60 Jahre) hat die Online-Redaktion (im Blatt waren's ja korrekt 50 Jahre) schon vor Wochen behoben.“ Hoffentlich ist das auch bei der Zeit im Osten angekommen.

Im Unterschied zu dem sachkundigen Autor Peter Köpf,¹³ halten ausgerechnet einige Wissenschaftler der zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts gegründeten Stasiunterlagenbehörde an der Stasiaktenrechtschreibung fest. Von „Westberlin“ schrieb jüngst wieder eine Mitarbeiterin der Bildungs- und Forschungsabteilung dieser Behörde in einem Heft selbst dann, wenn von der Stasi-Beobachtung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt in West-Berlin die Rede ist.¹⁴ Eine späte Genugtuung für Stasi-Veteranen und SED-Opas. Eigentlich aber wußte der aktuelle Bundesbeauftragte Roland Jahn nach seiner Zwangsausbürgerung aus der DDR doch die Vorzüge der Existenz West-Berlins durchaus zu schätzen. Die „Lösung der Westberlinfrage“ jedenfalls hätte ihm und anderen Dissidenten, die in den 1970er und 1980er Jahren von West-Berlin aus die DDR-Opposition unterstützt haben, erhebliche Unannehmlichkeiten eingebracht.

Doch zurück zum Sprachpanscher-Duden, der angeblich objektiv abbildet, was so geredet wird. Nicht nur im Falle West-Berlins ist man dort geschichtsblind. Falsch informiert werden die Leser von den Dudenleuten auch bei dem Hinweis auf den ersten deutschen Bundeskanzler. Zu Adenauer findet sich in der 26. Ausgabe von 2013 wie schon in früheren westdeutschen Ausgaben die Erläuterung: „erster deutscher Bundeskanzler“. Der erste deutsche Bundeskanzler war aber nicht Konrad Adenauer, sondern Otto von Bismarck, der das Amt des Bundeskanzlers des Norddeutschen Bundes von 1867 bis 1871 ausübte.

<p>nam, i; Dant. Rehn, m. Dank, drivei, n umger schlen- dern. Dank, s m. Salge, Küchen- licht, n. Danka, y, b m, Dambirich, m, Dantub, f. Danka, s vn. müßig umher- lungern. Dankbaar, h a, dankbar. Dankbetui- ging, h, Dant- sagung, f. Danken, h, vn. danken, bedanken.</p>	<p>Litteratur: Brüdner, Ueber das gemeinliche Indigenat im Gebiet des Norddeutschen Bundes (Berth 1867); S 10 1p. Die deutsche Staatsangehörigkeits- u. Heimatsgesetzgebung (Berl. 1872).</p> <p>Bundeskanzlei (franz. Chancellerie fédérale), die sowohl dem schweiz. Bundesrat für seinen Verkehr mit den auswärtigen Staaten u. den Kantonalregierungen, als auch der Bundesversammlung dienende Kanzlei; an der Spitze der B. steht der Bundeskanzler (s. d.).</p> <p>Bundeskanzler 1) im Norddeutschen Bunde (1867–70) der Vorsitzende im Bundesrat u. Leiter der Regierungsgeschäfte des Bundes, dessen Ernennung dem Präsidium des Bundes, der Krone Preußen, zusam; nach der Verfassung des Deutschen Reiches führt der B. den Titel „Reichskanzler“. — 2) In der Schweiz der Vorsitzende der Bundeskanzlei (s. d.).</p>	<p>Schweiz je 2 u. die übrigen Bundesregierungen je eine Stimme, so daß der B. im ganzen 58 Stimmen zählt. Das Reichsland Elsaß-Lothringen ist im B. nicht vertreten, weil dort eine souveräne Landesregierung nicht vorhanden, doch kann der Statthalter Kommissare zum B. abordnen, welche an Beratungen über Angelegenheiten des Reichslandes teil nehmen. Jedes Mitglied des Bundes kann so viel Bevollmächtigte zum B. ernennen, wie es Stimmen hat, doch kann die Gesamtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden. Der B. ist eine beschließende, verwaltende u. vollziehende Behörde. Er beschließt 1) (als gesetzgebender Faktor des Reichs) über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen u. die u. demselben gefaßten Beschlüsse; 2) über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften u. Einrichtungen, jedoch nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist.</p>
--	--	---

Den Bundeskanzler kannte schon Pierers Konversationslexikon von 1889, in dem Konrad Adenauer möglicherweise im Alter von acht Jahren schmökerte.

13 Vgl. u.a. Köpf, Peter: Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR. Berlin 2013.

14 Vgl. Munkel, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin 2013, S. 2. u. S. 43. In dem schmalen Band der Reihe „BF informiert“ ist nicht nur West-Berlin nach Stasi-Manier geschrieben, auch andere Selbstverständlichkeiten wie etwa Hinweise auf vorherige Veröffentlichungen werden vernachlässigt. So kommt ausführlich der Fall des früheren Brandt-Freundes Georg Angerer zur Sprache, den Brandt aus der Emigration kannte. Angerer wurde auf Betreiben Markus Wolfs im Jahr 1959 inhaftiert und zu Desinformationsmaßnahmen gegen Brandt gepreßt. Diese Geschichte war bereits 1992 im *Der Spiegel* ausführlich publiziert worden, was die Autorin in „BF informiert“ großzügig übergeht. Vgl. Abstoßend und intrigant. Wie DDR-Spionagechef Markus Wolf den Sozialdemokraten Willy Brandt kompromittieren wollte. In: *Der Spiegel* v. 28.9.1992.